

Lebensstandort, nicht nur Wirtschaftsstandort - Die PARITÄTISCHEN Forderungen anlässlich der Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag

Rede des Hauptgeschäftsführers des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes, Dr. Ulrich Schneider, anlässlich der Präsentation der PARITÄTISCHEN Wahlprüfsteine am 5. September 2002 in Berlin

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

Was sind Wahlprüfsteine? Bei nüchterner Betrachtung, sind Wahlprüfsteine nichts anderes als die Konfrontation der Politik mit einer Zusammenfassung all derjenigen Forderungen, die man ihr ohnehin seit Jahren bereits erfolglos vorträgt - zumal erfüllte Wünsche naturgemäß in Wahlprüfsteinen nicht mehr auftauchen. Die Frage also, was das eigentlich soll, ist damit zumindest nicht völlig abwegig.

Das nach vierjährigem lobbyistische Bemühen nunmehr kurz vor Schluss das große Einsehen in der Politik einsetzt, ist kaum anzunehmen - und selbst wenn, wären Zweifel durchaus erlaubt, ob dieses Einsehen denn bis nach dem Wahltag, geschweige bis in die Regierungsverantwortung hineinreicht.

Was also sollen Wahlprüfsteine? Worauf zielen sie ab?

Der Sinn von Wahlprüfsteinen ergibt sich aus dem jeweiligen Umfeld einer Bundestagswahl, aus dem Stil, wie die Parteien im Wahlkampf mit den Sorgen und Problemen der Menschen umgehen.

Seit 1992 legt der PARITÄTISCHE Wahlprüfsteine vor. Und bei jeder Wahl war der Wahlkampfstil durchaus ein anderer.

Was der Bürger und die Bürgerin im Wahlkampf zu Recht erwarten dürften - zumal es sich um einen massiven Einsatz auch öffentlicher Mittel handelt - wären klare Antworten, auch Visionen, Wertorientierungen. Man möchte wissen, was einen konkret im Falle der Regierungsverantwortung einer Partei erwartet - und dies ist wohl kaum zu viel verlangt.

Was den Wahlkampf 2002 jedoch noch sehr viel deutlicher als die vergangenen prägt, ist seine Beliebigkeit. Wo doch eigentlich Parteien und Wahlkreiskandidaten und -kandidatinnen zur Wahl stehen sollten, sind es nunmehr Personenprofile sogenannter Spitzenkandidaten die uns angeboten werden. Wer ist der sympathischere? Welches Lächeln strahlt mehr Vertrauenswürdigkeit aus? Wer signalisiert mehr Führungskraft? Wer führt schließlich die bessere Ehe - wie immer diese aussehen soll?

Wo doch eigentlich Standpunkte zur Wahl gestellt werden sollten, werden gerade diese vermieden. Zu sehr wohnt doch jemand Standpunkt die Gefahr inne, durch den heiß umworbenen Wähler abgelehnt zu werden.

Gefällig mag man sein zur Wahl. Früher noch züchtig unter der Decke gehalten, wird die tagespolitische Ausrichtung an den Ergebnissen von Meinungsforschung und Sonntagsfragen nicht einmal mehr notdürftig kaschiert, sondern als professionelles Wahlkampfmanagement ausgegeben.

Das Ergebnis ist zwangsläufig: ein Gedrängel um eine vermeintliche Mitte, die aller politischen Rhetorik zum Trotz weder alt ist noch neu. Neu ist lediglich der Grad an wahltaktischem Opportunismus, der schnurstracks zu dieser Mitte führt, zur nur logischen Einengung auf mainstream-Konzepten, zur nur konsequenten Ausblendung von Problemen und Realitäten, die nicht in diesen Wahlkampf passen wollen.

Der Umgang mit dem Hartz-Konzept, erst Zustimmung, dann wieder Ablehnung, dann wieder verhaltene Zustimmung, schließlich die große Feier, all dies in berauscher Geschwindigkeit und kurioserweise als eine Phantomdiskussion um Vor-

schläge, bevor diese überhaupt formuliert waren, war geradezu ein Paradebeispiel für diesen wahltaktischen Opportunismus. Vertrauenserweckender wird Politik dadurch nicht.

Unsere Vorsitzende hat versucht, mittels einer entsprechenden Pressemeldung im Sinne der Sache quasi beruhigend auf die öffentliche Diskussion einzuwirken. Doch war dies in der Aufregung des Wahlkampfes offensichtlich chancenlos.

Mit der vielumwobenen politischen Mitte verhält es sich jedoch frei nach Tucholsky wie mit dem Loch: Eigentlich ist sie nichts. Wie groß, wie schwer, wie alt, wie gestalt soll eine Mitte sein?

Die Mitte erkennt nur, wer das Ganze in den Blick nimmt. Wer die Ränder nicht mehr sieht, irrt in seiner Suche nach der Mitte lediglich orientierungslos umher.

Was also sollen Paritätische Wahlprüfsteine 2002? Sie sollen die Augen öffnen, bei all dem wahltaktischen Gedrängel um die siegversprechende Mitte den Blick wieder weiten auf das Ganze, von der kleinen Mitte auch auf den großen Rand.

Was haben unsere Parteien in diesem Wahlkampf Pflegebedürftigen zu bieten? Alten Menschen? Familien, die von Sozialhilfe leben müssen? Alleinerziehenden, die händeringend einen Betreuungsplatz für ihr Kind suchen? Was haben sie behinderten Menschen zu bieten und anderen, die in diesem Wahlkampf um die vermeintliche Mitte kaum einen Platz finden?

Es mag altmodisch klingen, aber es ist nach wie vor nicht nur eine hochanständige Sache, sondern für den Erhalt einer Gesellschaft unbedingt notwendig, diejenigen, die politisch eine besondere Verantwortung tragen wollen, daran zu messen, wie sie mit den Schwachen unter uns umgehen - gerade in einer immer kälter werdenden Leistungsgesellschaft. Wer schon nicht aus Solidarität mit diesen Menschen oder - ganz nach Weltanschauung und Glaube - nicht aus Barmherzigkeit diese Gruppen

in den Blick nehmen will, der sollte es zumindest aus Vernunft tun. Eine zutiefst gespaltene Gesellschaft ist nicht einmal mehr für die Starken lebenswert. Seinen Reichtum einzäunen zu müssen in steter Angst kann auch nicht die gewünschte Lebensform der Reichen sein.

Den Politikerinnen und Politikern, die gewählt werden wollen sei zudem gesagt: Der soziologische Begriff der Minderheit täuscht. Es sind viele Millionen, die gerade nicht ihren Stammplatz in der kuscheligen Mitte haben, es sind viele Millionen Wählerinnen und Wähler, die der Paritätische mit seinen Wahlprüfsteinen in den Bundestagswahlen 2002 vertritt. Gerade deswegen gibt es für uns keinerlei Grund, verzagt oder gar als Bittsteller aufzutreten. Wenn wir heute unsere Forderungen an die Kandidatinnen und Kandidaten und Parteien richten, tun wir das vielmehr selbstbewusst und im Wissen, dass wie weit mehr Menschen vertreten als zu ignorieren sich irgend jemand erlauben könnte.

Unsere Wahlprüfsteine umfassen unter diesem Aspekt ein sehr weites Spektrum: von der Forderung nach der Erhöhung der Regelsätze in der Sozialhilfe über den Rechtsanspruch auf Betreuung auch für Kinder unter drei und über sechs Jahren, über den wirksamen Schutz von Minderheiten durch ein Antidiskriminierungsgesetz bis hin zum asylunabhängigen Aufenthaltsrecht für unbegleitete Flüchtlingskinder oder der Aufhebung der Benachteiligung geistig behinderter oder demenzkranker Menschen im Rahmen der Pflegeversicherung. Der Rand ist nun einmal umfangreicher und differenzierter als die Mitte.

64 Forderungen sind es, die der PARITÄTISCHE aufstellt, und was dabei auf den ersten Blick wie ein fast zusammenhangloser Strauß von Imperativen aussehen mag, hat jedoch durchaus eine klare Linie. Unsere Konzepte und Vorschläge sind allesamt getragen von der Überzeugung, dass ein jeder Mensch das gleiche Recht hat, seine Würde zu leben. Und da der Mensch ein Gemeinschaftswesen ist, heißt dies insbesondere auch: Teilzuhaben oder - um es negativ zu formulieren: Nicht ausgeschlossen zu werden in dieser Gesellschaft; ausgeschlossen als behinderter Mensch durch gedankenlos hohe Bordsteine; ausgeschlossen als Familie, die auf

eine Sozialhilfe angewiesen ist, die in ihrer Höhe nicht einmal mehr die Teilhabe am Alltag auf wenigstens bescheidenem Niveau sichert; ausgeschlossen als Kind, das allein, ohne Eltern, als Flüchtling hier in Deutschland ankommt, und erst einmal ein für Kinder unzumutbares Flughafenverfahren durchlaufen muß.

Dass Arbeitslosigkeit in einer Arbeitsgesellschaft die wohl folgenreichste Form des Ausschlusses bedeutet, braucht kaum erwähnt zu werden, bestimmt Arbeit doch nicht nur unser Einkommen und unseren Status, sondern ebenfalls ein Gutteil unseres Selbstbildes, unseres Selbstbewußtseins und sogar unserer Eitelkeiten. Erwerbsarbeit ist die Nabelschnur zu dieser Gesellschaft.

Für die meisten dieser Ausschlüsse, dieser Verweigerung von Teilhabe, gilt dabei: Sie sind weder zufällig, noch naturgegeben. Es ist immer auch ein Anteil politisch bewusster Entscheidung dabei, und wenn es nur die Entscheidung zum systematischen Nicht-Handeln ist.

Wenn die Regelsätze in der Sozialhilfe seit nunmehr 10 Jahren nicht einmal mehr entsprechend der steigenden Lebenshaltungskosten angehoben werden, und Sozialhilfebezieher damit in die Armut abgedrängt werden, so sind dies seit 10 Jahren politische Entscheidungen.

Wenn der Vorrang ambulanter Hilfen vor stationären Hilfen in der Praxis von Kostenträgern unterlaufen wird, und behinderte Menschen aus Kostengründen ins Heim müssen, statt Hilfen in der eigenen Wohnung zu bekommen, so hat dies selbstverständlich auch etwas mit politischer Unterlassung zu tun.

Und wenn die UN-Kinderrechtskonvention für Flüchtlingskinder ausgerechnet in Deutschland nicht umgesetzt wird, so doch nur, weil es politisch nicht gewollt ist.

Der PARITÄTISCHE fordert in seinen Wahlprüfsteinen eine durchgreifende Reform der Sozialhilfe zu einer Grundsicherung. Er fordert ein wirksames Antidiskriminierungsgesetz. Der Paritätische fordert die Gewährleistung von

genügend Fachkräfte in der Suchtberatung und ein Bundesleistungsgesetz für behinderte Menschen. Er fordert ein Kommunalwahlrecht für dauerhaft hier lebende Ausländer und einen verbesserten Zugang von Asylbewerber auf den Arbeitsmarkt.

Wenn wir all dies fordern, meine Damen und Herren, dann unter einem tragenden Gedanken: Ein jeder Mensch hat ein Recht auf die Möglichkeit zur Teilhabe.

Jeder Mensch gehört erst einmal dazu, gehört zu uns, egal ob er ein hohes oder niedriges Erwerbseinkommen hat, ob er einen deutschen oder einen ausländischen Pass hat, ob er behindert ist oder nicht. Integration als die Verwirklichung des Rechts auf Teilhabe, und damit des Rechts ein Leben in Würde, ist es, woran unsere 10.000 Mitgliedsorganisationen tagtäglich in der Praxis arbeiten, und Integration ist es, was wir von der Politik fordern und was unsere Vorschläge von der Familienpolitik bis zur Behindertenpolitik prägt.

Und wir sind überzeugt: Nur in einer in jeder Hinsicht integrativen und integrationsermöglichenden Gesellschaft ist es möglich, sozialen Frieden auf Dauer zu sichern und Lebensumstände zu schaffen, die Deutschland zu einem guten Lebensstandort machen mit einem lebenswerten gesellschaftlichen Klima - und zwar für alle.

Und es ist ein Weiteres, was die Paritätischen Wahlprüfsteine prägt: Es ist die bedingungslose Anerkennung des Rechts auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und der eigenen Individualität. Es ist die Überzeugung, dass jeder von uns, egal wie alt er ist oder in welcher Situation er sich befindet, entwicklungsfähig ist und es sich lohnt, es etwas ganz Großartiges ist, einen Menschen in seiner Entwicklung anzuregen und zu stützen.

Dies mag sich fast selbstverständlich anhören, ist es aber ganz und gar nicht, heißt dieser Leitsatz doch erst einmal, die individuelle Persönlichkeit eines jeden Menschen überhaupt anzuerkennen und zu respektieren; auch beim sogenannten Anstaltsinsassen, auch beim Pflegebedürftigen, und auch beim Schulkind.

Persönlichkeit Respektieren schließt es aus, einen Menschen auf seine Hilfebedürftigkeit zu reduzieren, auf ein Punktesystem der pflegenden Zuwendung, auf einen vermeintlichen Bildungsnotstand oder ein Problem der Betreuung.

Wenn häufig von Ganzheitlichkeit in der Betrachtung eines Hilfebedürftigen gesprochen wird, dann geht es zentral darum: die Individualität der je eigenen Persönlichkeit nicht zu negieren. Soziale Dienste, ob Vorschulangebote oder Pflegeheime brauchen daher vor allem Zweierlei: Zeit für die Menschen, mit denen sie es zu tun haben, und die Freiheit, ihren Weg sozialer Arbeit zu erproben und zu finden. Wenn der Paritätische daher gesetzliche Grundlagen fordert, die eine verbesserte Finanzierung von Pflege bis zur Suchtkrankenhilfe vorsehen, so geht es in erster Linie um die Finanzierung von Zeit, um die Finanzierung derjenigen Ressourcen, die nötig sind, um mehr als Satt-und-sauber-Pflege zu praktizieren, um die Finanzierung der Zeit, die notwendig ist, um die Persönlichkeit auch des schwerstpflegebedürftigen Menschen ebenso kennen zu lernen wie seine Entwicklungspotentiale.

Und wenn der Paritätische sich gegen jeglichen Etatismus wendet, der glaubt Qualität in der sozialen Arbeit brauche man nicht entwickeln, sondern könne man in die Einrichtungen vom grünen Tisch aus hinein kontrollieren, wenn er sich gegen jeden Etatismus wendet, der die Gefahr in sich trägt, Hilfen zu standardisieren, ohne zu bemerken, dass er dabei die Sicht vom Hilfebedürftigen standardisiert, dann geschieht dies aus der Überzeugung, dass soziale Arbeit zu ihrer Weiterentwicklung immer notwendig die methodische Vielfalt braucht, die der Vielfalt der Menschlichen Individualität entspricht. Bei allem Rationalisierungsdruck, bei allem Kostendruck: Wir brauchen finanzielle und ordnungspolitische Rahmenbedingungen für unsere Hilfen, die es auch künftig noch ermöglichen, dem Menschen mit seinen Anliegen und seiner Persönlichkeit gerecht zu werden. Und wir brauchen ein System sozialer und gesundheitlicher Hilfen, das Vielfalt erlaubt, jene Vielfalt, die der Vielfältigkeit der menschlichen Persönlichkeit gerecht wird.

Meine Damen und Herren,

am 22. wird gewählt werden. Der Paritätische ist parteipolitisch neutral, aber beileibe nicht unpolitisch. Wir möchten Antworten auf unsere Fragen und klare Positionierungen zu unseren Forderungen, Und wir empfehlen den Millionen von Menschen, für deren Interessen wir hier stehen: Prüfen Sie gut, was die Parteien Ihnen zu bieten haben. Prüfen Sie, ob es Konzepte und Programme sind, die wirklich integrieren und die Menschen zusammenführen, oder ob es nicht Antworten sind, die das Element der Ausgrenzung und Spaltung in sich tragen. Sind es Problemlösungen, die uns geboten werden, oder lediglich Sündenböcke?

Prüfen Sie, meine Damen und Herren, ob das Recht auf die freie Entfaltung der individuellen Persönlichkeit und Würde auch für diejenigen gilt, die ihr Leben in dieser Gesellschaft nicht ganz aus eigener Kraft gestalten können.

Wir haben die Möglichkeit, diese Prüfung hier und heute vorzunehmen. Unsere Vorsitzende, Frau Stolterfoht, wird die sozialpolitischen Spitzen der Parteien befragen und mit unseren Vorstellungen konfrontieren.

Ich bin mir sicher, wir haben informative und kurzweilige zwei Stunden vor uns und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.